

ung, der
samt der
ergebens
s ebenso
dem die

Mannes
orft und
ung am
rt. Bei
gefunden:
ittenburg,
st." Aus
olizei er-
den Zug
tomotive
Anfangs
handele.
träuleins
der 27
Senften-
rg-einen
— u n-
ne Ver-
gt, hatte
en.

früherer
Walter
Erfinder
trahlen"
an der
Erde zu
Meter
alle das
er den
den er
späterer

Heirats-
srau der
Berlin:
Jahren?
er mich
Herren.
lähe be-
Herren
me und
früherer

om, das
Tieren
fähigen
früheren
n. Bei
gewählte
Schwerte
dunklen
e in die

ussolini-
t unter
t morde
ständige
statistisch
n Wien
erbergen

ich mit
Feier,
ht vor-
Ihrer
n Dein
genen."
n noch,
nicht zu
stittlich

itter in
Ballens
zu ver-
(Ver-
el nicht

Selig
reich-
ssig.

Ronstio-
ntung in
will mir
erbar-

n Brief,
Gamer,
"Seine

Wolfszeitung

Nr. 37.

Erscheint 2 mal wöchentlich: Mittwochs und Sonnabends, mit dem Datum des darauffolgenden Tages. Anzeigenpreis: die 7 gesp. Millimeterzeile 5 Groschen, im Text 20 Groschen. Stellen-Gesuche 50%, -Angebote 25%, Rabatt. Ausland 50%, Zuschlag.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Zamenhofs 17, III-16
Sprechstunden der Schriftleitung
täglich von 5 bis 6 Uhr nachmitt.

Der Abonnementspreis für den Monat Juli beträgt 1 Zloty 40 Groschen, wöchentlich 35 Groschen, zahlbar beim Empfang der Sonntagsnummern. — für das Ausland 25 Prozent Zuschlag. Amerika einen halben Dollar monatlich.

2. Jahrg.

Gegen die Entrechtung der Arbeiterschaft in Polen

Rede des Abg. Artur Kronig (D. A. P.) zum Budget des Ministeriums für Arbeit und soziale Fürsorge, gehalten am 5. Juli 1924.

Hohes Sejm! Der Charakter der Politik unserer gegenwärtigen Regierung wurde am besten durch die Rede des Herrn Ministerpräsidenten gekennzeichnet, die hier zu Beginn unserer Budgetberatungen gehalten wurde. Das Exposé des Herrn Premiers war ausschließlich die Rede eines Finanzministers, in der nur in kurzen Sätzen und in ganz allgemeiner Art die Probleme der Gesamtpolitik unseres Staates berührt wurden. Diese einseitige Hervorhebung finanzieller Angelegenheiten, die die Rede des Herrn Ministerpräsidenten kennzeichnete, bildet den charakteristischen Zug der gesamten Regierungspolitik.

Die einseitige Finanzpolitik.

Diese Politik hat einen Zustand geschaffen, in dem sämtliche Gebiete der ausführenden Gewalt nicht nur der Finanzdiktatur untergeordnet wurden, sondern überhaupt ihren natürlichen Charakter der ausführenden Initiative verloren haben. Das Finanzministerium bildete die eigentliche Regierung, die anderen Gebiete des staatlichen Lebens waren so gut wie abgestorben; sie wurden nur insofern geleitet, als die Notwendigkeit sofortige Lösung erforderte. Es geschah dies dann selbstverständlich in der Linie des schwächsten Widerstandes, um sich nur nicht dem Kapital zu widersetzen, das Hindernisse in den Weg stellen konnte.

Die Folgen unserer Finanzsanierung haben es erwiesen, daß man eine reine Finanzpolitik ohne Berücksichtigung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens nicht betreiben kann. Die Finanzpolitik allein ist nicht imstande etwas zu bessern, und einseitig betrieben wird sie in ihren Folgen sogar sehr gefährlich, geradezu katastrophal, wie wir das gegenwärtig erleben. Wenn die Regierung sich nicht dazu aufschwingen wird, das wirtschaftliche und soziale Leben bei ihrer Finanzpolitik zu berücksichtigen, so werden wir noch jahrelang mit den Schwierigkeiten der gegenwärtigen Zeit kämpfen müssen.

Der Arbeitsschutz ist Nebenache.

Eines der am meisten benachteiligten Gebiete unseres staatlichen Lebens ist das Gebiet des Arbeitsschutzes und der sozialen Fürsorge. Während ein großer Teil unserer Staatseinnahmen für unproduktive Zwecke verausgabt wird, bildet das Budget des Ministeriums für Arbeit und soziale Fürsorge nur 1% der gesamten Staatsausgaben. Schon diese Ziffer allein weist darauf hin, daß die breiten Schichten des arbeitenden Volkes, die die Mehrheit der Bürger Polens bilden, diejenigen, die die größten Opfer zugunsten des Staates tragen müssen, in bezug auf die Fürsorge von seiten des Staates stark benachteiligt sind, denn der Staat tut für sie sehr wenig. Man kann doch keinesfalls behaupten, daß die vorgeschlagenen Kredite auch nur teilweise ausreichen, um die gerechten Forderungen der Arbeitenden zu befriedigen.

Es besteht ein grundsätzlicher Unterschied in den Anschauungen der Vertreter des Kapitals und unseren in bezug auf die Aufgaben des Staates auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes und der sozialen Fürsorge. Während die kapitalistischen Parteien im besten Falle nur bereit sind die Arbeitermassen vor dem Sturz in das größte Elend zu schützen, verlangen wir, als Vertreter des werktätigen Volkes,

in dieser Beziehung bedeutend mehr. Wir verlangen vom Staate einen auf breiter Grundlage beruhenden Schutz der Arbeiterklasse vor den Folgen des kapitalistischen Ausbeutungssystems, wir verlangen die Sicherung der Existenz des Arbeiters und Angestellten. Wie notwendig eine solche Sicherung der Existenz der arbeitenden Schichten ist, beweist unsere gegenwärtige überaus schwierige Wirtschaftslage.

Die Krise.

Die Krise in der Industrie und im Handel spitzt sich in unerhörter Weise von Tag zu Tag mehr zu. Durch die Eindämmung der Marktinflation und Einschränkung der gewaltigen nicht valorisierten Kredite, die der Wirtschaft zuströmen und die Warennachfrage beleben, hat die künstlich geschaffene, daher ungesunde Konjunktur in der Industrie und im Handel ihren Todesstoß erhalten. Überall beginnen die Unternehmer in den verschiedensten Industriezweigen die Anzahl der Arbeitstage mehr und mehr einzuschränken und Teile ihrer Werke zu schließen; sogar vor einer gänzlichen Stilllegung der Betriebe wird nicht zurückgeschreckt. Die Zahl der Arbeitslosen wächst mit ungeheurer Schnelligkeit; noch bedeutend größer aber ist die Zahl derer, die nur an zwei bis drei Tagen in der Woche arbeiten. Die Erwerbslosenstatistik selbst, auf die sich Herr Grabski als Beweis für den milden Verlauf der Krise beruft, hält keiner Kritik stand und gibt über den Umfang der Arbeitslosigkeit ein ganz falsches Bild; gibt es doch eine große Anzahl arbeitsloser Arbeiter und Angestellten, die durch die Statistik der Arbeitslosen nicht erfasst werden. Zu den Tausenden Arbeitsloser, die bereits seit langer Zeit des Verdienstes beraubt und dem Hunger ausgeliefert sind, gesellen sich täglich Tausende neuer Arbeitsloser.

Die Ursachen der Krise.

Welches sind die Ursachen dieser Krise? Zwei Gründe sind vor allem zu unterstreichen: Die polnische Industrie ist mit dem Auslande nicht mehr konkurrenzfähig. Unser Produktionsapparat hat sich nicht im gleichen Maße entwickelt wie der der anderen kapitalistisch hoch entwickelten Länder. Der Produktionsapparat ist übersättigt mit Produktionsmitteln (Maschinen), die nicht wirtschaftlich genug arbeiten. Um derartige Betriebe, die den Anforderungen einer rationellen Wirtschaft nicht entsprechen, am Leben zu erhalten, überspannen die Industrieverbände die Preise. Ein solcher Zustand ist ungesund. Eine Umorganisation der Produktion ist unbedingt notwendig, man muß darnach streben, daß billiger produziert wird, um auch bei der geschwächten Kaufkraft der breiten Masse einen gewissen Absatz im Inlande herbeizuführen. Auch würde unter solchen Umständen auch die Ausfuhr wesentlich gesteigert werden können. Das Privatkapital aber wehrt sich gegen diese Notwendigkeit, die bereits seit langem allgemein erkannt worden ist.

Dazu gesellt sich die Kreditnot, unter der selbst viele leistungsfähige Firmen leiden, die sich in dem Mangel an Kapital in Geldform äußert. Die Privatkapitalisten dürfen jedoch nicht behaupten, daß durch die Marktinflation ein großer Teil ihres Kapitals vernichtet worden ist, daß sie die Geldent-

wertung ebenso getroffen habe wie das Proletariat oder die Kleinbürger. Gerade das Gegenteil war der Fall, denn in Wirklichkeit ist durch die Geldentwertung eine große Ausbeutung der Lohnempfänger und Kleinbürger zugunsten der Großkapitalisten vor sich gegangen. Das Industriekapital hat in der Flucht vor der Mark die erzielten Inflationsgewinne in beweglichen und unbeweglichen Sachwerten festgelegt, ohne in verantwortungsvoller Weise eine in die Zukunft schauende Wirtschaftspolitik zu treiben. Die Folge ist, daß die Industrie heute ohne das nötige Betriebskapital dasteht.

Gegenwärtig sind die Industriellen bestrebt, die von ihnen selbst verursachten Unzulänglichkeiten ihrer Wirtschaft durch verschärfte Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten wettzumachen. Sie gehen dabei konsequent vor. Zu den Tausenden, die jetzt schon hungern, werfen sie neue Tausende samt ihren Familien in das sichere Hungerelend. Sie legen die Produktion still, da ihnen nichts daran gelegen ist, die Bedürfnisse der Massen zu befriedigen. Sie wollen in brutaler Weise die Not der Arbeiterschaft zu einem unerhörten Streik gegen alle sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse ausnützen. Dafür sprechen nicht nur die Bestrebungen gewisser Unternehmer, sondern die ganze wirtschaftliche Einstellung aller Unternehmerverbände zur Krise deutet darauf hin. Die Verlängerung der Arbeitszeit, die Entziehung des Urlaubsrechts, die Zerschlagung der Krankenkassen, die Herabsetzung der Arbeitslöhne — das sind die Programmpunkte der Marschroute, die die Industriellen nicht nur für sich, sondern auch für den Herrn Ministerpräsidenten aufgestellt haben. Die Durchführung dieser Forderungen soll nach Ansicht der Industriellen zur Belebung der Produktion und Beseitigung der Krise beitragen.

Gegen diesen Angriff der Industriellen auf die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse müssen wir mit ganzer Entschiedenheit protestieren. Man darf nicht vergessen, daß die Industriellen selbst einen großen Teil der Schuld an der heutigen Lage in der Industrie tragen. Sie haben sich nur von der Sucht nach Erzielung möglichst großer Gewinne leiten lassen und haben jegliches soziale Moment gänzlich außer acht gelassen. Als zur Zeit der Inflation die Konjunktur gut war, wurde die industrielle Produktion gewaltig ausgedehnt, die Fabriken arbeiteten sogar in drei Schichten, Tausende von Arbeitern wurden vom Lande in die Städte herangezogen. Die Industriellen nützten die augenblickliche Konjunktur aus, ohne mit den realen Möglichkeiten der Zukunft zu rechnen. Jetzt, da diese Konjunktur geplatzt ist, wirft die Industrie ohne Gewissen und ohne Mitleid diese Arbeiter auf die Straße, beraubt sie des Verdienstes und ihre Familien des Brotes.

Einen Teil der Schuld trägt hierbei auch das Arbeitsministerium, das unseren Industriellen gestattet hat, eine solch ungesunde Konjunkturpolitik zu betreiben. Das Arbeitsministerium hat nicht dafür Sorge getragen, daß unsere Industrie gesunde Wege der Entwicklung beschreite. In dieser Beziehung war sowohl die Politik unseres Arbeitsministeriums, besonders des Ministeriums für Handel und Industrie, eine Politik

ohne Plan und ohne Programm.

Man kann dreist behaupten, daß es auf dem Gebiete der Industrie bei uns überhaupt keine Politik gab, es war nur ein Verstopfen der Löcher vermittels Erteilung von Krediten.

Meine Herren! Heute muß der Staat alle Kräfte anspannen, um die Krise zu bekämpfen. Die Regierung zeigt in dieser Beziehung viel zu wenig Aktivität. Man muß der Industrie zu Hilfe kommen, indem man ihr Kredite gewährt. Diese Kredite aber dürfen nur an gesunde, leistungsfähige Firmen erteilt werden. Es wäre gleichfalls angebracht, wenn die Regierung sich die Aufsicht über die Art und Weise der Verwendung der Kredite sichern würde. Gleichzeitig muß ein Druck auf die Fabrikanten ausgeübt werden, damit sie endlich zu gewissenhaften Kalkulationsbedingungen übergehen, die eine Herabsetzung der Preise herbeiführen würden. Die Fabrikanten wollen sich heute noch nicht mit dem Gedanken abfinden, daß die Zeit der leichten und sabelhaften Gewinne unwiderruflich vorbei ist, und die Produktion auf normale Bahnen geleitet werden muß.

Die dringendste Aufgabe aber, die heute vor uns steht, ist

die Hilfe für die Arbeitslosen.

Diese Angelegenheit darf nicht leichtfertig behandelt werden, denn heute schon herrscht in den Arbeiterhäusern der Hunger.

Und der Hunger, meine Herren, ist ein schlechter Berater. Vor einigen Tagen nahm der Sejm das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung an. Wenn dieses Gesetz vor einem Jahre angenommen worden wäre, könnte es heute schon die Existenz vieler tausend Arbeiter aufrechterhalten. Aber dank den Machinationen der rechten Parteien wurde dieses Gesetz monatelang aufgeschoben, und heute hat der Arbeiter keine Arbeitslosenversicherung. Uebrigens gewährt dieses Gesetz in der vom Sejm angenommenen Fassung dem Arbeiter gar keine Sicherung seiner Existenz. Der Egoismus der Bauernparteien und die feindliche Stellungnahme der Rechten gegenüber den Postulaten der Arbeiterschaft haben es zu Wege gebracht, daß die gesetzliche Versicherung direkt illusorisch wurde.

Der gegenwärtige Augenblick erfordert sofortiges Handeln, sofortige Hilfe. Die Kredite, die für Zwecke der Arbeitslosenunterstützung bestimmt sind, müssen vergrößert werden, denn die präliminierte Summe von 6 Millionen Sloty ist vollkommen unzureichend.

Für die Angestellten gibt es keine Fürsorge.

Meine Herren! Wenn die Regierung die Angelegenheit der von der Arbeitslosigkeit betroffenen Arbeiter schon stark vernachlässigt hat, so wird eine andere Kategorie der Arbeitslosen, und zwar die Büroangestellten, geradezu leichtfertig behandelt. Infolge der Schließung von Fabriken und des Stillstandes im Handel nimmt die Arbeitslosigkeit der Angestellten in erschreckender Weise zu. In Łódz allein übersteigt die Zahl der arbeitslosen Büroangestellten 4000 Personen. Die Lage derelben ist genau so verzweifelt wie die Lage der Arbeiter. Ihnen droht gleichfalls der Hunger und der Ruin des Familienlebens. Die Kommunalbehörden lehnen die Unterstützung der Angestellten mit dem Hinweis darauf ab, daß sie für diesen Zweck keine Mittel besitzen. Angesichts dessen verlangen wir von

der Regierung, daß sie dieser Kategorie der Arbeitslosen ihre Fürsorge angebeihen läßt. Wir verlangen dies umso mehr, da die Angestellten dank der Stellungnahme der rechten Parteien von der Wirkung des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen sind. Bei der Annahme dieses Gesetzes ist eine

große Ungerechtigkeit

begangen worden. Große Massen von Angestellten sind benachteiligt worden, die man im Falle der Arbeitslosigkeit samt ihren Familien dem Hungertode preisgibt.

Die rechtliche Stellung des Angestellten.

Wie wenig bei uns die Interessen der Büroangestellten und der geistigen Arbeiter überhaupt berücksichtigt werden, davon zeugt das Fehlen eines Gesetzes, das die rechtliche Stellung des Angestellten, sein Verhältnis zum Arbeitgeber und den Arbeitsvertrag regelt. Ich weiß, daß im Arbeitsministerium der Entwurf eines solchen Gesetzes bearbeitet wird. Dieser Entwurf ist noch im vergangenen Jahre an die Verbände der Angestellten und Arbeitgeber zwecks Einholung ihres Gutachtens gesandt worden. Die Gutachten wurden abgegeben, der Entwurf aber hat bis jetzt noch nicht das Tageslicht erblickt. Meine Herren, ein solches Gesetz ist notwendig, da es bei uns überhaupt keine rechtlichen Normen gibt, die den Arbeitsvertrag der geistigen Arbeiter regeln, während die Gesetzgebung anderer Länder schon längst die Existenz und die Arbeit der Angestellten mit Rechtsschutz umgibt. Die Annahme eines solchen Gesetzes ist eine der dringendsten Forderungen der geistigen Arbeiter. Wir fordern daher vom Arbeitsministerium, daß es den Entwurf dieses Gesetzes schnellstens dem Sejm unterbreitet.

Das Urlaubsrecht wird mit Füßen getreten.

Ich will noch die Angelegenheit des Urlaubs der Arbeiterschaft berühren. Das Urlaubsrecht ist den Industriellen ein Dorn im Auge und deshalb wird es von ihnen systematisch sabotiert.

Zuerst entstand ein Streit um die Anzahl der bezahlten Urlaubstage. Nachdem dieser Streit entschieden war, entstanden neue Streitigkeiten in der Frage der Art der Berechnung des für den Urlaub zu zahlenden Betrages. Auch dieser Fall wurde zugunsten der Arbeiterschaft entschieden. Die Entscheidung ging in der Richtung, daß bei der Festsetzung des Tagelohnes innerhalb des vom Gesetz vorgesehenen dreimonatigen Zeitraumes nur die Anzahl der Tage, an denen wirklich gearbeitet wurde, in Betracht gezogen werden soll. Trotzdem aber kommen noch öfter Fälle vor, daß der Arbeitgeber, ohne auf die Entscheidung des Ministeriums zu achten, die Bezahlung des Urlaubs in der laut Gesetz zukommenden Höhe ablehnt. Es bleibt dem Arbeiter nur noch der gerichtliche Weg übrig. Von diesem Wege macht der Arbeiter entweder gar keinen Gebrauch, oder aber er muß, falls er davon Gebrauch macht, monatelang auf die Entscheidung warten. Dies alles wird getan, um

dem Arbeiter den Urlaub zu verweigern.

Die Arbeitgeber, die das Urlaubsrecht nicht offen zu Fall bringen können, wenden alle möglichen Mittel an, um die Verwirklichung desselben zu erschweren.

Ein großer Fehler ist es, daß die Arbeitsinspektoren, die die Ausführung der Gesetze und der Anordnungen des Ministeriums überwachen, sehr beschränkte Kompetenzen haben, daß sie vollstreckende Gewalt besitzen und die widerspenstigen Arbeitgeber nicht zwingen können, das Recht zu achten.

Das Arbeitsministerium muß mit aller Entschiedenheit auf der Wacht der Gesetze stehen und die weitere Vervollkommnung unserer sozialen Gesetzgebung anstreben.

Grabski wird Pessimist.

In einer Rede, die Ministerpräsident Grabski in der Finanzkommission gehalten hat, erklärte er, daß das Jahr 1925 bedeutend schwerer als das Jahr 1924 sein werde. Die Finanzverwaltung habe eine Reihe Enttäuschungen erlebt. Die Einkommensteuer ist zu klein ausgefallen, die Großindustrie löst die Wechsel nicht ein, die sie zur Deckung der Vermögenssteuer ausgestellt hat, die Wirtschaftskrise wird immer drohender. Mit einem Wort, aus der Rede des Ministerpräsidenten ist die Furcht vor der Zukunft herauszulesen. Herr Grabski behauptet, daß die Sanierung noch nicht beendet sei und daß er die Befürchtung hege, das Gleichgewicht des Budgets auf die Dauer nicht aufrecht erhalten zu können. Es werden neue Steuern eingeführt werden müssen.

Wir sehen, daß Grabski nicht mehr so optimistisch über die Finanzsanierung wie im Laufe des vergangenen halben Jahres denkt. Im April hatte er noch ganz andere Töne gefunden. Es ist einmal nicht anders; wer in Galopp reiten will, der darf sich nicht einer Mähre bedienen, wie dies in wirtschaftlicher Hinsicht unfre Gesellschaft ist. Statt langsam zu fahren und sicher an das Ziel zu gelangen, stürzte man sich Hals über Kopf in die Finanzsanierung.

Und das Ende ist noch nicht abzusehen ...

Umbildung der Regierung Grabski.

Ministerpräsident Grabski, der im Sejm das Ermächtigungsgesetz für weitere 6 Monate durchdrücken will, wird den Oppositionsparteien Zugeständnisse machen müssen. Herr Grabski hat bereits eine Reihe von Konferenzen mit verschiedenen Parteiführern gehabt.

Wie verlautet, wird er sich zu einer Umbildung des Kabinetts verstehen müssen. Die Aussprachen über die Budgets der einzelnen Ministerien, haben ja gezeigt, daß die Mehrheit des Sejm gegen den Außenminister, den Justizminister und den Unterrichtsminister ist. Wenn diesen Herren nicht das Mißtrauen ausgesprochen wurde, so ist das nur der Disziplinlosigkeit der linken Parteien zuzuschreiben. Von den Männern, die für Regierungsposten in Frage kommen, werden Strzyński als Kandidat für das Außenministerium genannt, Bonitowski für das Unterrichtsministerium, Senator Siennicki für das Justizministerium und Zielezński für das Landwirtschaftsministerium.

Andre Kandidaten werden augenblicklich nicht genannt. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß noch weitere Änderungen in den Regierungsstellen vorgenommen werden.

Jetzt erst recht würde sie auf ihrem Willen bestehen. Ihm zum Trost. So oder so ...

Im Wald war's herrlich. Der Nadelboden fast trocken, und auf den Waldwiesen waren Frühlingsblumen wie ein bunter Teppich ausgestreut.

Wie warmer, wärziger Atem wehte die milde Frühlingsluft unter den Bäumen hin. Überall ein Duft von Erde, Veilchen und Harz. Im Gezweig sangen die Vögel um die Wette. Irgendwo schrie sogar schon ein Amdud.

Wunderbar belebend und beruhigend zugleich wirkte das alles auf Adalises Nerven. Die stürmische Erregung legte sich, ihre Gedanken begannen ruhiger zu arbeiten. Aber fort wollte sie trotzdem von Karolinenruhe und zwar heute noch. Wenn Leo „spät“ heimkehren würde, sollte er sie nicht mehr vorfinden. Um neun Uhr ging ein Zug von Eichstein ab. Den wollte sie benützen.

Frau Anothe brauchte gar nichts von der ganzen Geschichte zu merken. Liesbeth sollte paken helfen und sie dann begleiten.

Ganz heimlich wollten sie sich dann aus dem Hause stehlen.

Je mehr Adalife alle Einzelheiten ihres Planes bedachte, desto einfacher erschien er ihr. Die beste Lösung — das Ei des Kolumbus. Wozu erst Streit und Auseinandersetzungen? Leo war ja solch ein Tatmensch. Mochten also Taten ihn belehren, wenn es Worte nicht konnten.

Inzwischen war sie, mechanisch dem nächstbesten Weg folgend, immer tiefer in den Wald hineingekommen und stand nun plötzlich vor einer großen Lichtung, deren Mitte ein reizendes Schloßchen in Rotokostil einnahm.

Gelbliche Mauern, grüne Fensterläden und ein steiles, durch eine tierlich aufgebaute Mansarde geteiltes Dach. In den Erdgeschloßfenstern, die wunderbar ausgebaute Gitter hatten, standen trotz der frühen Jahreszeit blühende Pelargonien, feurigrot, zartrosa und weiß. Vor dem hölzernen, geschützten Tor in der Mitte des Schloßchens standen rechts und links weißlackierte Bänke mit Rattenrücken.

Zwei ungeheuer hohe und buschige Tannen umrahmten das Tor von beiden Seiten, davor eine kurzrasige Wiese, von einem schnurgerade auf das Tor zuführenden Kiesweg geteilt — die Fortsetzung des Waldpfades, den Adalife gekommen war. Alles atmete tiefe Stille und Frieden. Kein lebendes Wesen war ringsum zu sehen.

Adalife stand und schaute. Die Stille ringsum, die versteckte Lage des Schloßchens, das scheinbare Fehlen jedes menschlichen Wesens verliehen dem Bild einen positivollen, an Märchen gemahnenden Zauber.

Wählich fiel ihr ein: das konnte nur Mairingen sein, das Jagdschloß, von dem Gottulans erzählt hatten, dessen Besitzer gestorben war und das gegenwärtig zum Verkauf stand.

Sie dachte mit bitterem Lächeln an ihre Träume von Jagden und großzügiger Geselligkeit ... Wie hübsch hätte sich das hier machen lassen ... wenn Leo ein anderer gewesen wäre!

Dann kam ihr der Wunsch, da sie einmal hier war, das Innere des Schloßchens wenigstens anzusehen. Irgend jemand mußte ja doch hier wohnen, denn ein Flägel des Tores stand offen und die grünen Läden an den Fenstern waren auch zurdagegeschlagen. Auch erinnerte sie sich nun, daß Leo einmal von einem alten Förster Eisenbart gesprochen hatte, der mit seiner Frau in Mairingen wohnte und die Aufsicht des Jagdquites besorgte.

Sie ging also auf das Haus zu und trat ein. Auch hier niemand. Kühl und leer dehnte sich vor ihr ein ballenartiger Flur mit Steinfliesen und vielen Geweihen an den Wänden. Aber hinter einer der zahlreich hier mündenden Türen, schlug jetzt ein Hund an. Zugleich drang eine gedämpfte Männerstimme an ihr Ohr.

Entschlossen ging Adalife auf die Tür zu und klopfte an. „Herein,“ rief jemand. Sie öffnete, sah zwei Männer an einem Tisch sitzen. Papiere zwischen sich ausgebreitet, einen sehr alten, weißhärtigen und ... und ... erschrocken wich sie zurück ...

(Fortsetzung folgt.)

Adalises Ehe.

Roman von A. Hruszka.

(Nachdruck verboten.)

(17. Fortsetzung.)

Sie konnte es nicht fassen. Was war er denn nur für ein Mensch?

Plötzlich bemerkte Adalife, daß der Regen aufgehört, die Nebel sich zerteilt hatten und heller Sonnenschein aus einem klarblauen, wie Atlas glänzenden Frühlingshimmel niederstrahlte. Wie ein Wunder erschien es ihr, da sie so versunken in ihre Gedanken gewesen war, daß ihr die Wandlung draußen entgangen war.

Und da ihr vor dem einsamen, langen Nachmittag daheim graute, beschloß sie, einen Spaziergang zu machen. Nach dem Wald hin. Dort würde es hoffentlich nicht so grundlos schmutzig sein, wie auf den Wegen in der Talsohle. Denn der Wald stieg sanft an und bestand zum größten Teil aus Nadelholz, zwischen dem die noch unbelaubten Buchen gespenstisch ihre grauen Nester gen Himmel reckten.

Im Flur traf sie zu ihrem Aerger wieder Frau Anothe, deren halb demütiger, halb lauernder Blick sich neugierig forschend auf sie richtete.

„Gnädige Frau gehen aus?“

„Ja,“ antwortete Adalife kurz und hochmütig, denn sie fand, daß es die Wirtschaftlerin gar nichts angehe, was sie zu tun beabsichtigte.

„Der gnädige Herr lassen der gnädigen Frau sagen, sie möge nicht mit dem Abendessen auf ihn warten. Er werde in Eisenstein essen und wahrscheinlich erst sehr spät heimkehren.“

„Es ist gut,“ nickte Adalife und schritt scheinbar unbefangen an der Wirtschaftlerin vorüber dem Ausgang zu. In Wirklichkeit flogen ihr alle Pulse in zorniger Empörung.

Das wagte er ihr zu bieten! Ja, glaubte er denn wirklich, daß sie sich ein solches Benehmen gefallen lassen werde?

Schwierigkeiten zwischen Paris und London.

Macdonald hat die französische Regierung zur Londoner Konferenz eingeladen. Das Programm der Konferenz hat nicht nur in der rechtsstehenden französischen Presse, sondern auch in gewissen Regierungskreisen überrascht. Es zeigte sich, daß trotz des beiderseitigen guten Willens zwischen Paris und London schwere Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Macdonald begibt sich nun nach Paris, um persönlich die Meinungsverschiedenheiten, die hauptsächlich in den zukünftig anzuwendenden Sanktionen bestehen, aus dem Weg zu schaffen. Das englische Programm stellt die Richtlinien der britischen öffentlichen Meinung dar und es ist kaum anzunehmen, daß Macdonald davon abweichen wird.

Faschisten raus!

Die Arbeitskonferenz wünscht keine Banditen unter sich.

Die Internationale Arbeitskonferenz in Genf hat mit 55 gegen 32 Stimmen das Mandat des italienischen faschistischen „Arbeitervertreter“ Rossini für ungültig erklärt. Von den 121 Stimmberechtigten gaben nur 81 ihre Stimme ab. Außer den gesamten Arbeiterdelegierten stimmten auch die Regierungsvertreter von Kanada und Dänemark mit Nein, während die Regierungsvertreter von England, Deutschland, Irland, Ungarn, Griechenland, Lettland und Schweden sich der Stimme enthielten. Bei der gleichen Abstimmung im vorigen Jahre hatten außer Deutschland noch sämtliche Regierungsvertreter für Rossini gestimmt. Das Ergebnis wurde von der Versammlung mit eisigem Stillschweigen entgegengenommen.

Diese Ausschließung entspricht der schriftlich eingereichten Forderung sämtlicher wirklichen Gewerkschaftsvertreter, die betont hatten, daß die Faschistenverbände Arbeiter und Unternehmer umfassen, während der Friedensvertrag getrennte Vertretung dieser getrennten Interessen vorschreibt.

England und Rußland.

Slowjetrußland will die Kriegsschulden solange zahlen, solange England ein kapitalistischer Staat ist.

Seit Wochen werden in London zwischen den Engländern und Russen Verhandlungen zwecks Anerkennung der russischen Kriegsschulden und Gewährung einer Anleihe an Rußland geführt. Der Führer der slowjetrußischen Delegation, Rakowski, hat den Engländern Vorschläge unterbreitet, auf die er keine Antwort erhielt. „Evening Standard“ schreibt, daß es sehr begreiflich sei, daß die Vorschläge, wie sie die Russen gemacht, keine Antwort finden. Das Sinnigste, was die Russen angeboten haben, bestand darin, daß sie einen kleinen Teil der Schulden Rußlands vor dem Kriege anerkennen würden, falls sich die Titel noch in den Händen der ursprünglichen Besitzer befinden, aber mit dem Vorbehalte, daß diese Besitzer zu den Kleinentnehmern gehören. Sie erklärten weiter, daß sie die rückständigen Zinsen nur dann bezahlen wollten, wenn die City Slowjetrußland eine größere Anleihe von mindestens 50 Millionen gewähre. Weiterhin wurde diskutiert, daß diese Schuld nur anerkannt werden solle, solange England noch ein kapitalistischer Staat sei und solange die Revolution in England noch nicht gestiegen habe.

Sejm.

In der Freitagssitzung wurde über das Budget des Ministeriums für öffentliche Arbeiten beraten. Vizeminister Simon erläuterte den Standpunkt der Regierung in Sachen des 8. ständigen Arbeitstages. Die Abg. Sokolnicka referierte darauf über zwei Gesetzentwürfe, betreffend die Qualifizierung der Mittelschul- und Seminarlehrer sowie über die Universitäten und Technischen Hochschulen. Die beiden Entwürfe wurden in zweiter Lesung angenommen.

In der Sonnabendssitzung ergriß als erster Redner Abg. Artur Kozłowski das Wort zum Budget des Arbeitsministeriums. Seine Rede dringen wir an leitender Stelle. Nach ihm sprach der Ukrainer Dmitriew, der sich beklagte, daß die Politik, die die Regierung gegen die ukrainischen und weißrussischen sozialen Einrichtungen führt, internationalisierend wirkt. Abg. Waszkiewicz (N.P.R.) sprach über die Verleumdung der Arbeiterschaft unternehme. Darauf wurde über das Budget des Ministeriums für landwirtschaftliche Reformen beraten.

Kleine politische Nachrichten.

Faschistische Bestien. Faschisten in Jossalta in der Provinz Benedikt drangen in das Haus des Sozialisten Wjzmande, verprügelten ihn vor den Augen seiner Familie und schleppten ihn darauf fort. Am nächsten Tage mußte Wjzmande ins Krankenhaus gebracht werden, weil er durch den Schreck den Verstand verloren hatte. Die Agence Journaler meldet aus Rom, der frühere sozialistische Abgeordnete Angella sei von zwölf Unbekannten überfallen worden. Auf die Hilfe der Abgeordneten eilten ihm ungefähr 20 Personen zu Hilfe und zwangen seine Angreifer, die Flucht zu ergreifen. Ein Bürger hat die Behörden von den Attentatsversuchen unterrichtet. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Ein großer Wahlsieg der Deutschen Arbeitspartei Polens.

Das Ergebnis der Stadtratswahlen in Alexandrow.

Am vergangenen Sonntag wählte unsere Nachbarstadt Alexandrow den Stadtrat, der aus 24 Stadtratsmitgliedern besteht. Die Wahlbeteiligung war außerordentlich groß. Sie betrug fast 89 Prozent.

Die Deutschen von Alexandrow, die anfänglich gemeinsam in den Wahlkampf marschieren wollten, indem die bürgerlichen Kreise ihre Kandidaten auf die Liste der Deutschen Arbeitspartei untergebracht hatten, trennten sich im letzten Augenblick, und so wurde neben der Liste der D. A. P. noch eine sogenannte „Liste der Unparteilichen“ eingereicht. Die Spaltung erfolgte dadurch, weil diese deutschen Kreise allzugroßen Mandathunger zeigten und, durch einen Lodzer deutschen Abgeordneten ermuntert, stolz behaupteten, 70 Pzt. der deutschen Wähler für sich zu haben.

Die Polen gingen in zwei Listen: 1) N. P. R. mit Chabecja und 2) Unparteiliche.

Die Juden hatten 5 Listen eingereicht und zwar: 1) Orthodoxe, 2) „Bund“, 3) „Boalej Zion“, 4) Zionisten und 5) Vereinigte unparteiliche Juden.

Das Wahlergebnis ergab, daß die Liste der Deutschen Arbeitspartei einen durchschlagenden Erfolg hatte, da sie von allen Listen die meisten Stimmen auf sich vereinigte. An zweiter Stelle steht die Liste der N. P. R., an dritter die der Unparteilichen Juden und erst an vierter Stelle die der „Unparteilichen Deutschen“.

Für die Liste der D. A. P. wurden 1112 Stimmen abgegeben, für die N. P. R. 1075, für die Unparteilichen Juden 594, für die „Unparteilichen Deutschen“ 497, die Orthodoxen 316, die „Cejra Zion“ 106, die Unparteilichen Polen 105, „Bund“ 60, „Boalej Zion“ 56.

Demnach erhielt die D. A. P. 8 Mandate, die N. P. R. 7, die Unparteilichen Juden 4, die „Unparteilichen Deutschen“ 3 und die Orthodoxen 2.

Von der Liste der Deutschen Arbeitspartei wurden gewählt:

1. Suf Josef, Lehrer,
2. Engel Paul, Buchhalter,
3. Litke Oswald, Buchhalter,
4. Bengsch Alexander, Kaufmann.
5. Schlichting Ferdinand, Strumpfwirker,
6. Wolf Oswald, Weber,
7. Krause Karl, Magazineur,
8. Koch Julius, Strumpfwirker.

Als Vertreter:

1. Brodel Oswald, Händler,
2. Maszke Theodor, Weber,
3. Gendzior Ernst, Weber,
4. Resner Vincenz, Weber.

Wir wünschen den neugewählten Stadtverordneten Kraft und Ausdauer in der Verteidigung der gerechten Sache der deutschen Werktätigen Alexandrows. Ihre Tätigkeit möge der wertvollen Bevölkerung Polens den ihr gebührenden Einfluß in der Stadtverwaltung sichern, zum Wohle dieser durch den Krieg so stark in Mitleidenhaft gezogenen Stadt.

Polales.

Die neue Verwaltung der Kranenklasse.

Am Freitag fand eine ordentliche Sitzung des Rates der Kranenklasse statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte Kommissar Siebartowicki mit, daß der Protest der Vertreter der Liste Nr. 21 (Endecja), der die Ungültigkeitserklärung der Wahlen bezweckte, von den Aufsichtsbehörden abgelehnt worden ist.

Hierauf schritt die Versammlung zur Wahl der Verwaltungsmitglieder. Eingereicht waren 3 Listen: eine seitens der Industriellen, eine durch die N. P. R., die sich mit der christlichen Demokratie verbunden hatte und eine des sozialistischen Blocks (D. A. P., Bund, P. J.). In der Kurie der Arbeitgeber wurden keine Wahlen vorgenommen, da nur eine Kandidatenliste eingereicht worden ist. Deswegen wurden die sechs ersten Kandidaten dieser Liste als gewählt angesehen. Bei den Wahlen in der Kurie der Arbeitnehmer erhielt die Liste der N. P. R. und die des Blocks je 29 Stimmen, also zu je sechs Mandaten. Gewählt wurden von der Liste des sozialistischen Blocks: Dr. Weisberg, S. Kapalski, Stw. L. Kul (D. A. P.), A. Puzal, Sz. Milman („Bund“) und S. Kaluzynski. Der erste Vorgesetzte dieser Liste ist der zweite Kandidat der D. A. P. Oskar Kaschner. Seitens der N. P. R. wurden gewählt: Kazimierzak, Kulczynski, Hilczek, Stw. Palkowski, Grabowiecki und Adamski. Die Verwaltung wird also drei gleichstarke Gruppen aufweisen und dürfte die Wahl des Präsidiums und der Verwaltung mit Schwierigkeiten verbunden sein. Wahrscheinlich werden die Wahlen nur durch das Los vorgenommen werden können.

Nach den Wahlen wurde zur Diskussion über den Bericht der bisherigen Verwaltung der Klasse gefritten. Sowohl die N. P. R. wie auch die D. A. P. unterzogen den Bericht einer scharfen aber ungerechten Kritik, da gerade diese zwei Parteien sowohl durch ihre starke Vertretung im Beirat der Klasse als auch dadurch, daß fast alle Angestellten derselben Mitglieder dieser Parteien sind, somit eine wie die andere Partei den größten Einfluß auf die Klasse ausübten. Die N. P. R. vertieft sich in der Demagogie sogar so weit, ein Mißtrauensvotum für die Verwaltung einzubringen. Mit Recht betonte Dr. Siebartowicki, daß, falls dieses Mißtrauensvotum beschlossen werden sollte, er keinen Tag länger die Geschäfte der Klasse leiten werde, weswegen dieser Antrag von den Antragstellern selbst modifiziert werden mußte, die dann in ihrem Ton in häßliche Angriffe gegen die N. P. R. umschlugen. Natürlich blieb die N. P. R. die Antwort nicht schuldig und so mußten Galerie und Versammlung häßliches Gezänk der zwei Parteien anhören, die noch unlängst gemeinsame Wege gingen. Zum Schluß wurde beschlossen, die Sitzungen des Rats einmal im Monat abzuhalten.

Die Industrie und der Großgrundbesitz machen Herrn Grabki Kopfschmerzen. In der Sitzung des Wirtschaftsrats, die Ministerpräsident Grabki leitete, wurde über eine Reform der Umsatzsteuer beraten. Prof. Rybarski sprach über die Arbeiten der Kommission zur Regelung der Produktionskosten und Zölle. Diese Kommission hat sich u. a. für die Reform der Umsatzsteuer, für die Einführung der Akkordarbeit sowie für die Abschaffung von einigen Feiertagen ausgesprochen. Unterstaatssekretär Klarner erklärte sich für die Herabsetzung des Prozentsatzes. Nach der Aussprache ergriff Grabki das Wort. Er erklärte, daß die Gewährung von Krediten allein, die Krise nicht beseitigen werde. Die Regierung wird Aufträge an die Industrie erteilen sowie für die Landwirtschaft und Industrie Steuererleichterungen gewähren müssen. — Herr Grabki interessiert nur die Industrie und der Großgrundbesitz, die während der Inflationszeit auf Kosten des Staates ungeheure Summen verdient haben. Der Mittelstand sowie die kleinen Kaufleute können ja unter der Steuerlast zusammenbrechen. Hauptsache ist, daß die Industrie und der Großgrundbesitz weiter gute Geschäfte macht.

Wie der Arbeitsmangel in der Industrie ausbleibt. Die Beheren von Windmann, Weich und Jachimowicz, Anna 9/11, hat am vergangenen Donnerstag den Betrieb eingeleitet, weil, wie die Herren Besitzer behaupten, kein Absatz der Waren möglich ist. Zwei Tage darnach teilten die Fabrikbesitzer den Arbeitern mit, daß sie den Betrieb wieder aufnehmen würden, wenn die Arbeiter mit einer 30%igen Lohnreduzierung einverstanden sein würden. Die Arbeiter lehnten dies „Angebot“ ab. Dieser Fall beweist von neuem, daß es den Herren Industriellen weniger um den Absatz als um die Lohnreduzierungen geht.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Der Lodzer Magistrat will endlich daran gehen, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in die Hand zu nehmen. Er spricht davon, in nächster Zeit 300 Arbeitslose beschäftigen zu können. Von vornherein wurde aber schon der Schlüssel für die Verteilung der Plätze an die Arbeitslosen bestimmt. Und so soll der „Praca“-verband zusammen mit dem Verband der Chabecja 60 Prozent, der Klassenverband nur 30 Prozent und das staatliche Arbeitsvermittlungsammt 10 Prozent der Arbeiter beschäftigen. Daraus ist zu ersehen, wie im Magistrat die Betterwirtschaft immer mehr einreißt. Diejenigen, die am Ruder sind, teilen sich selbst den größten Prozentsatz zu, obwohl das Ergebnis der Krankenwahlen ganz klar beweist, daß die „Polnischen Verbände“ und der Klassenverband gleich stark sind. Gegen diese Parteilichkeit des Magistrats soll Protest erhoben werden.

Wie aber andere Städte die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit führen, beweist der Umstand, daß Warschau bei 5000 Arbeitslosen bereits 1200 beschäftigt. Lodz bei 50 000 — 300. Die N. P. R., die sich in Lodz als Arbeiterpartei ausgibt, stellt sich hiermit das ihr gebührende Zeugnis aus.

Das Arbeitsministerium hat beschlossen, an die Regierung mit der Forderung heranzutreten, die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bestimmte Summe von 6 Millionen Zloty auf 10 Millionen zu erhöhen.

Aus dem Reiche.

Kraukau. Justizskandal. Während den Verhandlungen gegen die Beteiligten an den Novemberunruhen kam es zu einem großen Justizskandal. Rechtsanwalt Abg. Liberman gab eine Erklärung ab, in der er den Staatsanwalt Sozanski beschuldigt, unter den Geschworenen eine Agitation betrieben zu haben, die den Zweck habe, die Verhandlungen aufzuschieben. Der Staatsanwalt wolle den Anklageakt zerschlagen, um die Möglichkeit zu haben, einen Teil der Angeklagten vor das gewöhnliche Tribunal zu stellen. Zu den Geschworenen habe der Staatsanwalt kein Vertrauen. Auf die Frage des Vorsitzenden, was der Staatsanwalt auf diese Beschuldigungen zu antworten habe, erklärte dieser, ohne sich von seinem Sitz zu erheben: „Ich habe darauf nicht zu antworten.“ Darauf wurden die Verhandlungen unterbrochen, um den Vorsitzenden die Möglichkeit zu einer Besprechung mit den Geschworenen zu geben. Nach der vertraulichen Besprechung erklärte Richter Markiewicz, daß er die gegen den Staatsanwalt gerichteten Vorwürfe dem Generalstaatsanwalt mitteilen werde. An den weiteren Verhandlungen nahm Staatsanwalt Sozanski nicht mehr teil.

Dieser Justizskandal hat unter der Bevölkerung eine große Unruhe hervorgerufen.

Frei von Sorgen

Kann man den Sommer nur dann erleben, wenn man die Winterkohlenbestellung bei R. Gerhard, Kilińskięgo 178 u. Borysia 1,

Holz- u. Kohlenlager,

gemacht hat. — Wie ließen gegen Katenzahlung oder Wechsel Tiefbaugrubenkohlen zu den billigsten Preisen. Zustellung ins Haus unentgeltlich. Für Bäckerei- und Siegelbesitzer habe reiches Lager. 245

Vereine.

Vom Christl. Comissverein z. g. U. Am vorigen Donnerstag, den 3. Juli, fand in diesem Verein der letzte Vortragsabend vor den Ferien statt.

Sigurd.

Das große Gartenfest zugunsten des evangelischen Waisenhauses am vergangenen Sonntag hatte, wie nicht anders zu erwarten war, einen durchschlagenden Erfolg.

Sport.

Distanzrennen im Helenenhof.

Das von der „Union“ veranstaltete große Distanzrennen hatte ein zahlreiches Publikum nach Helenenhof gelockt.

Programms zur Folge hatte, konnte dem Publikum das Interesse und die Freude am Sport nehmen.

Erstes Distanzrennen über 10 km. Daran nahmen die ausländischen Gäste teil.

Im Finale des Hauptlaufes legten die Lodzer Favoriten: Paul und Oswald Müller.

Im Lauf zwischen der Lodzer Abteilung des Warschauer Jollyklub und der „Union“ siegte die T. W. C. - Männer: Kernen und Gabrych.

Im ersten Prämienrennen siegte Abel, 2. wurde Placet, 3. Heinz.

Im zweiten Prämienrennen wurde Schmidt erster, Gabrych zweiter, und „Ford“ dritter.

Im Handicap siegte Kernen.

Das große Distanzrennen über 40 km ist auf 20 km reduziert worden.

Fußballwettspiele.

- Warszawianka - L. R. S. 2:1 (2:0)
Samson - Orle 4:1
Concordia - Rapid 2:0
S. R. S. - Amateure 2:0
Raniow - Solot 2:0
L. R. S. II - L. R. S. III 3:0
Spolem - Bar-Kochba 5:1
Lodz. Sp. u. Turn. - Legja 11:0 (4:0).

Von der Deutschen Arbeitspartei.

Die Jugendabteilung der D. A. P. veranstaltete am Sonntag, den 6. Juli, einen Ausflug nach Zdrowie.

Obwohl das Wetter am Sonnabend und Sonntag früh nicht sehr einladend war, hatte sich doch eine überaus stattliche Anzahl Jugendlicher eingefunden.

Der am Abend einsetzende Regen machte dem Ausflug ein frühzeitiges Ende.

Briefkasten.

Herrn Abg. Ulla. Ihr Schreiben kommt in der nächsten Folge der „Lodzzer Volkszeitung“ zum Abdruck.

Offizielle Kursnotierungen.

Table with columns: Devisen, 4. Juli, 8. Juli. Rows include Engl. Pfd., Dollar, Schw. Frank., Franz. Frank., Belg. Frank., Goldbons.

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Stb. Ludwig Rat. Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrikauer 109.

Unverh. Inspektor.

30 J. alt, mit guten Zeugnissen, sucht per bald oder später Stellung als landwirt. Beamter.

KASA CHORYCH M. LODZI.

Ogłoszenie.

Na zasadzie § 32 Rozporządzenia Ministra Pracy i Opieki Społecznej z dnia 21 marca 1921 r. w przedmiocie przepisów wyborczych dla Kas Chorych (Dz. Ust. Rz. P. Nr. 35 z roku 1921) podaje do publicznej wiadomości, iż w dniu 4 lipca r. b. Rada Kasy Chorych m. Łodzi dokonała wyboru Zarządu Kasy w liczbie 18 członków.

Z grupy ubezpieczonych do Zarządu weszli:

- 1. Adamski Władysław
2. Grabowiecki Antoni
3. Hilczar Antoni
4. Kałużyński Franciszek
5. Kazimierzak Andrzej
6. Kuk Ludwik
7. Kulczyński Stefan
8. Milman Szymul
9. Patkowski Tadeusz
10. Purlal Antoni
11. Rapalski Stanisław
12. Weisberg Edmund.

Z grupy pracodawców — wobec złożenia tylko jednej listy kandydatów do Zarządu — weszli na podstawie § 43 powołanych przepisów bez głosowania:

- 1. Durski Roman
2. Ende Aleksander
3. Guthke Brunon
4. Kokeli Tadeusz
5. Librach Jakób
6. Pawłowski Stanisław.

Na zastępców wybrani zostali kandydaci, figurujący na odnośnych listach po ostatnich kandydatach, którzy weszli do Zarządu w charakterze członków.

Łódź, dnia 5 lipca 1924 roku.

Kasa Chorych m. Łodzi
(—) Dr. ED. GIEBARTOWSKI
Komisarz.

Konstantynower Turnverein.

Am Sonntag, den 13. Juli d. J., im Garten des Herrn Seiler.

grosses Schauturnfest (u. a. Turnen über dem Teich)

mit anschließendem Tanz, wozu alle Freunde und Gönner des Vereins freundl. eingeladen werden.

Für Speise und Trank wird bestens gesorgt werden. Der Garten wird schon in aller Frühe geöffnet sein, um Ausflüglern Unterkunft zu bieten.

Oskar Kahlert

Glasschleiferei u. Spiegelbelegerei
Lodz, Wólczańska 109
empfehl ab Lager: Toiletten-, Wand- und Stehspiegel (Trumeaus) vom kleinsten bis zum größten Format; übernimmt zur sorgfältigen Ausführung aller Art Bestellungen.

Für die Sommerfrische in grosser Auswahl:

- Chokoladen
Marzipanfrüchte
Marmeladen
Bonbons
Tegebäck etc.

empfehl E. A. JENDE, Nawrot 19

Wie immer fabelhaft billig

Schmehl & Rosner, Lodz, Petrikauer-Str. 100 u. 160, hat die Preise für elegante Damen-Wäsche, neueste Damen-Kleider und -Mäntel, Kinder-Anzüge und Herren-Hosen bis 30% ermäßigt.

Tabak, Zigarren und Zigaretten

sowie alle in die Tabakbranche fallende Waren empfiehlt

STEFAN LEWANDOWSKI
Sienkiewicza 48, Ecke Nawrot, Tel. 23-39.

SCHUHWAREN

kaufen Sie billig bei R. Stoklos, Lodz, Wólczańskastr. 181.

Ein Mann,

der mit Pferden umzugehen versteht, findet sofort Arbeit. Schaffstelle daselbst. Wo, sagt die Geschäftsstelle der Lodz. Volksztg. 244

Ein Damenhut

ist auf dem Ausflug der Jugendabteilung der D. A. P. gefunden worden. Abzuholen bei E. Klose, Główna 14.

Sie kaufen gut und billig

ihre Sommergarderoben gegen bar und Ratenzahlungen nur bei

WYGODA Petrikauer 238

Damen-, Herren- und Kinder-garderoben, Manufakturwaren sowie Schuhwaren in größter Auswahl.

Bemerkung: Bestellungen werden in den eigenen Werkstätten binnen 4 Tagen ausgeführt. (Fiktionalen beligen wir nicht).

Fahrräder, Pneumatiks

Ersatzteile kauft man gut u. billig bei

T. J. Arnold, Lodz Petrikauer 191

Reparaturen aller Art, auch Emaillierung etc. werden tadellos u. billig ausgeführt

Trauringe

in großer Auswahl, Bijouterie, Tischbestecke in Silber u. plattiert, goldene und silberne Uhren modernist. Halsketten, sowie Salon-, Klavier- und Küchen-

Uhren.

Alle Reparaturen werden in eigener Werkstatt ausgeführt.

JAN CHMIEL NAWROT 4.

Inserate haben in der „Lodzzer Volkszeitung“ Erfolg.

Im Verlage der „Lodzzer Volkszeitung“ ist erschienen: Programm und Organisationsstatut der Deutschen Arbeitspartei Polens. Preis eines Exemplars 10 Groschen.